



Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Sonderfonds zur Beseitigung der Altlasten in Altenstadt a.d. Waldnaab, Neustadt a.d. Waldnaab und Windischeschenbach

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Sonderfonds in Höhe von 100 Mio. Euro für die Beseitigung der Bodenbelastungen auf den Altbrachen der ehemaligen Bleikristall- und Porzellanproduktionsstandorten in der Gemeinde Altenstadt a.d. Waldnaab, der Stadt Neustadt a.d. Waldnaab sowie Windischeschenbach zu initiieren.

Die Staatsregierung soll für die Bereitstellung der dafür nötigen Mittel aus dem Staatshaushalt sorgen.

Begründung:

Seit vielen Jahren versuchen die Kommunen Altenstadt, Neustadt und Windischeschenbach gemeinsam mit dem Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab eine Revitalisierung der Brachflächen der ehemaligen Bleikristallstandorte „Hofbauer“ und „Beyer“ in Altenstadt und „Tritschler & Winterhalder“ in Neustadt sowie weiterer Standorte in Neustadt und Windischeschenbach zu erreichen, indem die bekannte Bodenbelastung durch eine Sanierung der Flächen beseitigt wird.

Mittlerweile geht man von einer Kostenhöhe von mehr als 100 Mio. Euro für alle Flächen aus. Die Staatsministerien für Umwelt und Verbraucherschutz und für Wohnen, Bau und Verkehr verweisen auf die Finanzierung der Sanierung durch FAG-Mittel (FAG = Finanzausgleich) in Höhe von 14 Mio. Euro, die für die Jahre 2022 und 2023 eingeplant seien.

Weiterhin wird auf das bayerische Städtebauprogramm zur Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen mit einem Fördersatz von 80 Prozent oder 90 Prozent verwiesen, welche aber nicht für die Beseitigung von Boden- und Grundwasserverunreinigungen verwendet werden dürfen.

Dies reicht bei weitem nicht, mögliche EFRE-Mittel (EFRE = Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) stehen noch in den Sternen.

Vor Kurzem hatte sich die Stadt Neustadt a.d. Waldnaab um die Ausrichtung einer Landesgartenschau beworben, die aber vom zuständigen Gremium dahingehend abgelehnt wurde, weil die Finanzmittel für die Ausrichtung einer Landesgartenschau durch eine Bodensanierung „gesprengt“ werden würden.

Die Einrichtung eines Sonderfonds würde den drei Kommunen eine Perspektive zur Nutzung der Flächen und eine Entwicklungschance bieten, so wie es für die oberfrän-

kische Stadt Marktredwitz mit einem Sonderfonds zur Sanierung der Fläche einer Chemischen Fabrik hin zu einem Einkaufszentrum mit großem Parkhaus und seit Kurzem sogar Wohnbebauung gelungen ist.

Die Flächensparinitiativen der Staatsregierung wären weitaus glaubwürdiger, wenn den Kommunen bei der Sanierung und Wiedernutzung belasteter Flächen in bester Innerortslage geholfen würde.